



Aus der Arbeit des Gemeinderats

Gemeinderatssitzung am 27.06.2017

In der letzten Gemeinderatssitzung befasste sich der Gemeinderat im Schwerpunkt mit der Sanierung der Hartmannstraße und der Erweiterung des Satzungsgebiets im Gewerbepark Sol. Auf der Tagesordnung standen außerdem ein Wasserrechtsgesuch im Bereich Reutebrunnen, die Abbrüche des alten Feuerwehrmagazins und eines Gebäudes in der Dettenhäuser Straße. Ein weiteres Thema waren die Sitzbänke im Außenbereich, zu denen das Seniorenforum nach einer Umfrage in der Bevölkerung einige Verbesserungsvorschläge gemacht hatte.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung setzte Bürgermeister Wolfgang Lahl den TOP 3, Baugesuch in der Bahnhofstraße. F1St. Nr. 144/12, von der Tagesordnung ab. Das Baugesuch wurde in dieser Form zurückgezogen. Die Verwaltung erwartet ein geändertes Baugesuch mit der ursprünglich angedachten Anordnung des Baukörpers und Zufahrt in die Tiefgarage.

Zu Beginn der öffentlichen Sitzung gab es die Möglichkeit, Fragen an den Bürgermeister und den Gemeinderat zu richten.

Herr Peter Hablitzel richtete zwei Anfragen an die Gemeindeverwaltung. Er erkundigte sich, wie die Abwasserbeseitigung beim neuen Häckselplatz konzipiert ist. Die Verwaltung berichtete, dass das in den Hoftöpfen gesammelte Wasser zunächst in einen Absetzbereich geleitet wird. Nachdem sich Verschmutzungen abgesetzt haben wird das gereinigte Wasser in den Wassergraben abgeleitet. Die Stoffe, die sich abgesetzt haben, werden abgepumpt und entsorgt.

Die zweite Frage bezog sich auf die Ampelschaltung bei der Baustelle in der Dettenhäuser Straße. Er regte an, die Ampeln von ausschließlich zeitlicher Taktung auf bedarfsgerechte Schaltung umzustellen. Die Gemeindeverwaltung wird die Anregung an das zuständige Straßenverkehrsamt des Landkreises weitergeben.

Herr Albrecht Frank fragte, wie es mit dem verkauften ehemaligen DRK-Gebäude an der Seitenbachstraße weitergeht. Der Bürgermeister berichtete, dass dieses Gebäude mit einer mittelfristigen Bauverpflichtung an Private verkauft wurde.

Frau Anita Nägele fragte, wie die in der angedachten Erweiterung des Zweckverbands Gewerbepark Sol stehenden Gebäude entwässert werden sollen. Bürgermeister Wolfgang Lahl erwiderte, dass im momentanen Planungsstand noch kein Bebauungsplanentwurf vorliegt, der dann auch dieses Thema aufgreifen wird. Im Bebauungsplanverfahren besteht dann die Möglichkeit, Anregungen und Bedenken vorzubringen.

Antrag auf wasserrechtliche Genehmigung zum Betrieb einer Fischteichanlage, Reutebrunnen

Julia Stroer aus dem Ortsbauamt berichtete dem Gemeinderat über die Vorgeschichte und die vorangegangenen Verfahren. Einem früheren Antrag der Bauherrn im Februar 2017 auf Renovierung/Sanierung der Fischerhütte und des Fischteichs wurde das gemeindliche Einvernehmen im Weg einer Eilentscheidung versagt. Nun geht es um die Verlängerung der bis 31.12.2018 befristeten wasserrechtlichen Erlaubnis und um einen Antrag auf Umbau der Fischteichanlage.

Das für die wasserrechtliche Erlaubnis zuständige Wasserwirtschaftsamt hat die Gemeinde anzuhören und äußerte erhebliche Bedenken gegen den Umbau des betroffenen Wasserbeckens und gegen den Weiterbetrieb der Fischteichanlage. Befürchtet wird, dass durch die Entfernung vieler Schatten spendender Bäume und die Ausweitung der Teichnutzung die verbleibende, abzuleitende Wassermenge, die die Unterlieger nutzen könnten, zu stark reduziert wird. Daher sollte die Anlage an die noch verfügbare Wassermenge angepasst werden, was bedeutet, der Erweiterung nicht zuzustimmen.

Bürgermeister Wolfgang Lahl ergänzte, dass der Rückgang der verfügbaren Wassermenge überall spürbar sein, so dass hier keine Zustimmung zur erweiterten Nutzung gegeben werden sollte.

Mit großer Mehrheit (20 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen) beschloss der Gemeinderat, das gemeindliche Einvernehmen zu versagen.

Sanierung der Hartmannstraße

Ortsbaumeister Tobias Ehmang ging darauf ein, dass die Hartmannstraße nach dem vom Gemeinderat beschlossenen Prioritätensystem als nächste große Sanierungsmaßnahme heransteht. 2017 soll die Planung ausgearbeitet werden, damit 2018 die Umsetzung erfolgen kann. Dabei muss entschieden werden, wie und in welcher Breite die Gehwege angeordnet werden und welche Straßenbeleuchtung verwendet werden soll.

Zu den Gehwegen führte er aus, dass sowohl zwei schmälere Gehwege wie bisher mit je 1,25 m Breite also auch ein 2,0 m breiter Gehweg im Süden mit einem Schrammbord von 50 cm auf der anderen Seite möglich sind. Der breite Gehweg macht es einfacher, nebeneinander zu gehen. Ein Nachteil dieser Variante wäre, dass Leitungen, die auf der nördlichen Straßenseite bisher unter dem Gehweg liegen, dann in der Straße lägen und deshalb verlegt werden müssten. Das würde ca. 60.000 Euro Mehrkosten verursachen.

Da sich der Fußgängerverkehr in der Hartmannstraße in Grenzen hält empfahl die Verwaltung, wie bisher bei zwei schmälere Gehwegen zu bleiben.

Er berichtete über zwei Änderungen gegenüber den ersten Kostenprognosen. Zum einen gibt es nun Klarheit, welche Anteile der Straßenbaukosten über dem Kanal in

solchen Fällen, wo sowohl Straße, Kanal und Wasserleitung saniert werden, vom Eigenbetrieb zu tragen sind und welcher Anteil vom Kämmereihaushalt. Zum anderen hat die nähere geologische Untersuchung ergeben, dass der Untergrund schwieriger ist als bisher angenommen wurde. Die Kosten steigen dadurch von bisher angenommenen 1,451 Mio. Euro auf 1,511 Mio. Euro.

Bei den Straßenleuchten stehen zwei bisher verwendete LED-Leuchtentypen zur Auswahl, die in der Hauptstraße verwendete Pilzleuchte der Fa. Trillux oder die eher technisch aussehende Siteco-Leuchte. Die Siteco-Leuchte hat die Gemeinde zuletzt bei dem großflächigen Austausch veralteter Leuchtmittel eingesetzt. Die Trillux-Leuchten wären um ca. 6.000 Euro teurer. Aus Verwaltungssicht sollte der heute ausgewählte Leuchtentyp wegweisend sein für künftige Erneuerungen der Straßenbeleuchtung, um die Typenvielfalt der Straßenbeleuchtung klein zu halten.

Zur Materialauswahl bei Straße und Gehweg schlug die Verwaltung vor, die Straße normal zu asphaltieren und für die Gehwege Pflaster wie in der letzten großen Straßenbaumaßnahme in der Röte zu verwenden. Die Wasseranschlüsse sollen im württembergischen System, also mit separaten Anschlussschächten hergestellt werden.

Gemeinderat Frey sprach zwei unbebaute Grundstücke in der Hartmannstraße an. Bürgermeister Lahl hegte die Hoffnung, dass die Sanierung der Straße eine Initialzündung für die Bebauung der beiden Grundstücke sei. Eine Verpflichtung zum Bauen gebe es nicht.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl wollte wissen, ob auf die Anlieger noch Beiträge zukommen. Das verneinte der Bürgermeister.

Eine weitere Frage von Gemeinderat Brennenstuhl zielte darauf ab, weshalb die Gemeindeverwaltung von bisher empfohlenen DIN-System abweicht, bei dem jedes Grundstück durch ein von der Wasserleitung in der Straße abgehendes Leerrohr versorgt wird. Den Wechsel begründete die Verwaltung mit der Erwartung, dass das württembergische System bei den Folgekosten wie z.B bei der Behebung eines Wasserrohrbruchs günstiger ist als das DIN-System.

Mehrere Stimmen im Gemeinderat unterstützten die Entscheidung für das württembergische System, weil es nicht nur langfristig günstiger sei, sondern auch für die Feuerwehr Vorteile habe.

Eine intensive Diskussion gab es zu den Gehwegen in der Hartmannstraße. Gemeinderätin Dr. Staber, Gemeinderätin Betsch, Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl und Jürgen Brennenstuhl sprachen sich für einen breiten Gehweg aus, weil das Spaziergehen dadurch einfacher und attraktiver werde. Für Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl hätte der breite Gehweg im Norden den Vorteil des einfacheren Winterdienstes und es wäre nicht nötig, die darunter verlaufenden Leitungen zu verlegen. Gemeinderat Jürgen Brennenstuhl wies darauf hin, dass inzwischen in vielen Wohnstraßen ein breiter Gehweg üblich sei.

Die Gemeinderäte Kolb und Dauber sprachen sich dafür aus, aus Kostengründen die momentane Situation mit zwei schmälere Gehwegen beizubehalten.

In der folgenden Abstimmung gab es mit 11 zu 10 Stimmen und einer Enthaltung eine knappe Mehrheit für einen breiten Gehweg und einen Schrammbord auf der gegenüberliegenden Seite. Ob der Gehweg auf der Nordseite oder auf der Südseite liegt, soll vom planenden Ingenieurbüro nach Zweckmäßigkeit festgelegt werden.

Bei der Diskussion zum Leuchtentyp betonte der Bürgermeister, dass beide Typen geeignet sind und dass dies auch eine Frage des persönlichen Geschmacks sei. Intensiv diskutiert wurde darüber, welche Leuchte sich besser an die konkrete Situation vor Ort anpassen lässt. Dabei gibt es inzwischen, so Ortsbaumeister Ehmann, keine großen Unterschiede mehr. Auch bei der Leuchte mit pilzförmigem Aufsatz könne z.B. vor Gebäuden durch Spiegel im Inneren der Leuchte verhindert werden, dass zu sehr in die Gebäude hineingeleuchtet wird.

Gemeinderat Hiller wie darauf hin, dass bei den Beleuchtungsmasten östlich und westlich des Sanierungsbereiches noch viele Leuchtmittel ausgetauscht werden müssen, wobei die Masten stehen bleiben. Bei Verwendung der technischen Leuchte (Siteco) im jetzt anstehenden Sanierungsbereich würde es ausreichen, dort nur die Lampenköpfe zu ersetzen, um in der Hartmannstraße ein durchgehend gleiches Bild zu erhalten.

Mit großer Mehrheit (16 zu 6 Stimmen) entschied sich der Gemeinderat für die technische Leuchte des Typs Siteco.



Künftige Leuchten in der Hartmannstraße

Den weiteren Vorschlägen zur technischen Umsetzung (Asphalt in der Straße, Pflaster im Gehweg, Wasserversorgung im württembergischen System) stimmte der Gemeinderat einstimmig zu.

Erweiterung des Satzungsgebiets des Zweckverbands Gewerbepark Sol

Bürgermeister Wolfgang Lahl betonte, dass es heute nicht um eine konkrete Planung gehe. Zunächst müsse erreicht werden, dass der Zweckverband Gewerbepark Sol überhaupt für eine spätere Überplanung zuständig wird.

Er berichtete, dass das Verbandsgebiet sowohl im Norden, auf Holzgerlinger Gemarkung, als auch im Süden, bei der Gemeinde Weil im Schönbuch, erweitert werden soll. Eine theoretisch denkbare Erweiterung nach Osten, in Richtung Breitenstein, wurde in vorbereitenden Diskussionen einhellig abgelehnt.

Gegenüber den ersten Diskussionen, die sich nur auf eine Firma bezogen, solle die Erweiterung etwas größer dimensioniert werden, um sinnvolle Bebauungsabschnitte zu schaffen.

Auf Nachfrage von Gemeinderat Kolb bestätigte der Bürgermeister, dass Holzgerlingen der Erweiterung auf seiner Markung schon zugestimmt hat.

Gemeinderat Ehrmann sprach sich gegen die Erweiterung aus, deren Fläche die Verwaltung auf seine Nachfrage hin mit ca. 11.000 m² bezifferte. Es könne nicht sein, dass das Verbandsgebiet immer größer werde. Nicht alle Ansiedlungswünsche interessierter Firmen seien erfüllbar.

Bürgermeister Wolfgang Lahl hielt entgegen, dass es um das Erhalten eines bereits im Gewerbepark Sol ansässigen Unternehmens an diesem Standort gehe und widersprach ausdrücklich dem Gerücht, es handle sich um eine Niederlassung von Amazon. Dazu sei diese Fläche viel zu klein.

Gemeinderat Müller widersprach der Erweiterung vehement und bezeichnete diese Absicht wegen der optischen Wirkung als Frevel an Landschaft und Natur. Die Rückmeldungen aus der Bürgerschaft seien durchgehend negativ. Er warf der Verbandsverwaltung vor, nicht mit offenen Karten zu spielen und brachte als Beispiel vor, dass die 1996, bei der Erweiterung in Richtung Breitenstein, mit Ballons markierten geplanten Höhenlinien wegen nicht berücksichtigter Aufschüttungen um 3 Meter niedriger waren als die späteren Gebäudehöhen. Nicht akzeptabel sei, dass die ursprünglich für die konkrete Erweiterung einer Firma vorgesehene Fläche nun um ca. 40 % größer sei. Bedenklich sei außerdem, dass der spätere Bebauungsplan durch die Stadt Holzgerlingen in Auftrag gegeben werde. Der Entwurf des Bebauungsplans sollte eher in Weil im Schönbuch auf den Weg gebracht werden. Er habe kein Vertrauen in die Verbandsverwaltung mehr.

Bürgermeister Lahl ging ausführlich auf die Einlassungen der Gemeinderäte Ehrmann und Müller ein.

Er betonte, dass die vorgeschlagene vergrößerte Erweiterung auf den Vorschlag der Weilemer Gemeindeverwaltung zurückgeht und ausschließlich pragmatische Gründe hat. Notfalls sei es möglich, auf den früheren Stand zurück zu gehen. Zum Thema Bebauungsplan verwies der Bürgermeister darauf, dass die Geschäftsführung des Zweckverbands in Holzgerlingen sitzt und dass der Zweckverband zwingend der Träger der Planung sein muss. Da alle Entscheidungen der Verbandsversammlung einstimmig getroffen werden müssen ist gesichert, dass keine Planung gegen den Willen einer der beiden Gemeinden durchgesetzt werden kann.

Für Gemeinderat Müller war der Vorschlag der vergrößerten Erweiterung im Grundsatz nachvollziehbar, es bleibe aber ein gewisses Misstrauen durch die Planungshoheit des Zweckverbands.

Gemeinderätin Himmelein brachte die Frage ein, was geschehe, wenn die Firma, für die die Erweiterung vorgesehen ist, es sich anders überlege und ob für diesen Fall nicht die Nutzung durch einen anderen Investor ausgeschlossen werden müsse. Darauf erwiderte der Bürgermeister, dass dann ebenfalls der Zwang zur Einstimmigkeit gelte, so dass keine Entscheidung an Weil im Schönbuch vorbei getroffen werden kann.

Gemeinderätin Himmelein sprach an, ob nicht ein Junktim zwischen Erweiterung und geplantem Investor sinnvoll sei. Bürgermeister Lahl wies darauf hin, dass ein Bebauungsplan nur möglich ist, wenn zuvor das Verbandsgebiet angepasst wird und wiederholte seine Aussage zur zwingenden Einstimmigkeit in der Verbandsversammlung.

Gemeinderat Dauber sprach sich für die Erweiterung aus, da der Gemeinderat jederzeit die Hoheit über die weitere Entwicklung hat. Er brachte vor, dass die anstehenden Aufgaben und Ausgaben der Gemeinde refinanziert werden müssen.

Für Gemeinderat Frey war es wichtig, nach dieser Erweiterung verbindlich zu regeln, dass es keine weiteren Erweiterungen mehr geben soll. Bürgermeister Lahl erwiderte, dass die letzte Erweiterung 13 Jahre zurück liegt. Die Frage, ob künftige Erweiterungen zugelassen werden sollen sei ein Thema, welches in der Verbandsversammlung diskutiert werden muss.

Gemeinderat Hiller sprach sich für die Erweiterung aus, da der Gemeinderat in diesem konkreten Fall bereits im Grundsatz einen positiven Beschluss gefasst habe und in den weiteren Schritten stets Herr des Verfahrens bleibt. Für ihn war es notwendig, die Bebauungstiefe deutlich vor der geplanten Grenze des Verbandsgebiets enden zu lassen. Für den Bürgermeister war das eine Frage des späteren Bebauungsplans. Eine Abgrenzung nach Süden für Eingrünungen müssen aber ebenfalls zum Verbandsgebiet gehören, um mit einem entsprechenden Bebauungsplan überplant werden zu können.

Gemeinderätin Grube-Meißner brachte vor, wieder zur ursprünglich angedachten Erweiterungsfläche zurückzukehren. Bürgermeister Lahl antwortete darauf, dass dann eine Planung auch nur für den kleineren Bereich möglich sei. Wie weit die tatsächliche Planung reichen wird ist in den nächsten Schritten festzulegen. Er sprach sich dafür aus, bei der vorgeschlagenen Erweiterungsfläche zu bleiben.

Gemeinderat Müller betonte, dass die früher geplante Erweiterung für die konkrete Planung der einheimischen Firma ausreichend sei. Die vorgeschlagene Ausweitung sei zwar pragmatisch, aber es gehe einfach um ein hochsensibles Gebiet.

Bürgermeister Wolfgang Lahl wies eindringlich darauf hin, dass die heutigen gemeindlichen Angebote der Gemeinde nur durch die hohe Wirtschaftskraft am Ort möglich ist. Vor 13 Jahren wurden laufende Aufgaben der Gemeinde durch Kredite finanziert, was heute völlig anders sei. Handlungsfähigkeit der Kommunen erfordere wirtschaftliche Stärke.

Gemeinderat Hiller brachte als Argument für die vergrößerte Erweiterung vor, dass es andernfalls schwierig werde, die benötigten Flächen zu erwerben. Die Fläche

dürfe aber nicht komplett bebaut werden. Für Bürgermeister Lahl war eine Eingrünung der Gebietsgrenze zwingend.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl konnte sich die vorgeschlagene Vergrößerung der Erweiterung nach Osten vorstellen. Wegen des sensiblen Hangbereichs schlug er vor, die Höhenlinie von 494 m als Begrenzung anzusehen. Für den Bürgermeister war das eine Überlegung, die im Bebauungsplanverfahren aufzugreifen wäre.

Nach der intensiven Diskussion beschloss der Gemeinderat mit großer Mehrheit (zwei Gegenstimmen), das Verbandsgebiet im vorgeschlagenen Umfang zu erweitern.

Abbrüche des Feuerwehrhauses in der Seesteige und des Gebäudes Dettenhäuser Straße 1

Ortsbaumeister Tobias Ehmman berichtete über die Ausschreibung der beiden Gebäudeabbrüche. Unter den 10 Anbietern war die Fa. Roland Späth aus Langenenslingen mit 84.610,19 Euro am günstigsten, weshalb die Verwaltung die Vergabe an diesen Anbieter vorschlug.

Der Ortsbaumeister sprach an, dass bei keinem der beiden Gebäude aufwändige Voruntersuchungen durchgeführt wurden, was beim Abbruch zusätzliche Kosten verursachen könnte.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl brachte vor, dass nach dem Abbruch die Einmündung der Dettenhäuser Straße verbessert werden könne. Der Bürgermeister berichtete, dass das Straßenbauamt des Landkreises bereits über diese Möglichkeit informiert wurde.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat die Vergabe an den günstigsten Bieter.

Sitzbänke im Außenbereich

Der Bürgermeister informierte eingangs, dass diese Vorschläge bereits in beiden Ortschaftsräten vorberaten und begrüßt wurden.

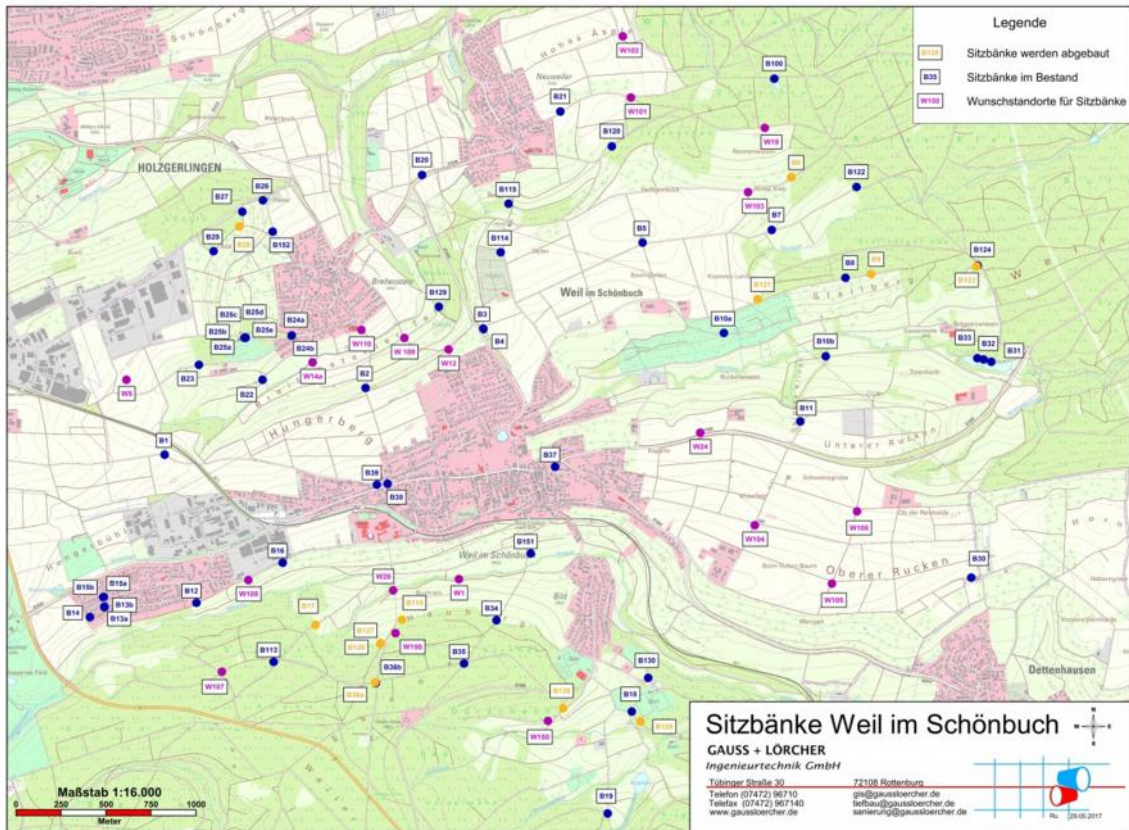
Ortsbaumeister Tobias Ehmman führte aus, dass auf Initiative des Seniorenforums eine Umfrage zu den Sitzbankstandorten im Außenbereich durchgeführt wurde. 25 Wunschstandorte wurden zusammen mit den Forstleuten auf Umsetzbarkeit überprüft. Dazu wurden erstmals alle Bänke im Außenbereich kartografisch aufgenommen und im geografischen Informationssystem der Gemeindeverwaltung erfasst. Als Nebeneffekt wurde überprüft, bei welchen Bänken Risiken durch Windbruch bestehen. Diese Bänke sollen versetzt werden.

Eine neue Bank kostet mit vorbereitenden Arbeiten ca. 1.000,- Euro. Für 6 Bänke haben sich bereits Spender gefunden. Im Herbst soll mit der Umsetzung begonnen werden.

Nach der Beratung über einige konkrete Bankstandorte ging es um den Zeitpunkt der Umsetzung. Gemeinderat Hiller befürchtete, dass andere notwendige

Unterhaltungsmaßnahmen darunter leiden, wenn die neuen Bänke wie vorgeschlagen aus dem allgemeinen Ansatz für bauliche Unterhaltungsmaßnahmen finanziert werden. Es sei besser, dies im Haushalt 2018 als separate Maßnahme zu finanzieren. Der Bürgermeister sprach sich dafür aus, nicht mehr lange zuzuwarten, um die vielen Mitwirkenden aus der Bürgerschaft nicht zu enttäuschen.

Die Kämmerin Kathrin Böhringer ergänzte, dass sich der Etat für Unterhaltungsmaßnahmen momentan normal entwickelt.



Karte mit den Standorten der aufgenommenen Bänke

Gemeinderat Kolb begrüßte die Vorschläge für die Bänke im Außenbereich und regte an, nun auch die Standorte der Bänke in Innenbereich digital zu erfassen.

Gemeinderätin Weiss und Gemeinderat Finger schlugen vor, Bankpatenschaften zu ermöglichen. Bürgermeister Lahl sagte zu, diesen Vorschlag im Mitteilungsblatt aufzugreifen.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, die gemeinsam ausgearbeiteten Vorschläge zu den Bänken im Außenbereich in den nächsten Monaten umzusetzen.

Bürgermeister Wolfgang Lahl schloss diesen Tagesordnungspunkt mit einem ausdrücklichen Dank an das Seniorenforum für die Idee und die Ausarbeitung dieses Vorschlags.

Bekanntgaben

Bürgermeister Wolfgang Lahl verwies auf die als Drucksache ausgegebene Zusammenfassung der Kriminalitätsstatistik 2016. Da sich gegenüber dem Vorjahr beinahe keine Veränderung ergeben hat wurde auf den persönlichen Bericht durch den Leiter des Schönaicher Polizeipostens verzichtet. 2016 waren 258 Straftaten zu bearbeiten, also 13 Fälle mehr als 2015. Die Aufklärungsquote lag bei 70,2 % (2015: 68,9%). Bei der sog. Häufigkeitszahl, die das Verhältnis von Einwohnerzahl und Straftaten beschreibt, liegt Weil im Schönbuch im unteren Drittel der Kreisgemeinden. Laut Polizei sei das niedrige Kriminalitätsgeschehen in Weil im Schönbuch typisch für eine ländliche Gemeinde.

Anfragen aus dem Gemeinderat

Gemeinderat Hiller sprach das fehlende Ortseingangsschild aus Richtung Neuweiler und Breitenstein an. Das Straßenbauamt des Landkreises kümmert sich bereits um Ersatz für das gestohlene Schild. Provisorisch wurde ein Schild mit der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h eingesetzt.

Gemeinderat Jürgen Brennenstuhl ging auf die Baugrube in der Schulstraße ein und fragte nach der Ursache für die vorgefundenen regelmäßigen Steinreihen. Der Gemeindeverwaltung ist dazu nichts bekannt.

Gemeinderätin Himmelein fragte nach den neuen Hochbeeten bei der Gemeinschaftsschule. Weshalb seien diese so hoch gebaut werden und gebe es eine Innenverkleidung aus Folie? Der Bürgermeister berichtete, dass es hier um ein Projekt der Technik-AG der Schule ging. Ob es eine Innenverkleidung gibt ist der Verwaltung nicht bekannt.

Gemeinderätin Weiss fragte nach dem Fortgang des Bauvorhabens der Fa. Cümen im Gewerbepark Sol. Der Bürgermeister verwies auf die gleichartige Anfrage in der Sitzung des Bau-, Landwirtschafts- und Umweltausschusses. Die Verwaltung wird dazu nachfragen.

Eine nichtöffentliche Sitzung schloss sich an.